

Dialog vor Ort: Aufbau kommunaler Islamforen

Berichtszeitraum 2008

Integration findet vor allem vor Ort statt. In den Städten und Gemeinden Deutschlands leben mehr als 3 Millionen Muslime. Auch wenn das Zusammenleben vor Ort meist viel besser und selbstverständlicher funktioniert als angenommen, bleiben viele Herausforderungen.

Das Projekt „**Dialog vor Ort: Kommunale Islamforen**“ des Interkulturellen Rats wird im Rahmen des Aktionsprogramms „VIELFALT TUT GUT“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und durch die Karl-Konrad-und-Ria-Groeben-Stiftung sowie die Türkisch-Deutschen-Gesundheitsstiftung unterstützt.

Ziel des Projekts:

Mit dem Aufbau kommunaler Islamforen will der Interkulturelle Rat vor Ort in enger Kooperation mit muslimischen und nichtmuslimischen Organisationen sowie kommunalen Stellen Begegnungs-, Lern- und Gesprächsräume einrichten. Darin sollen wichtige Informationen ausgetauscht und die vor Ort relevanten – und teilweise strittigen – Fragen des Zusammenlebens in gleichberechtigten Gesprächen erörtert werden.

In kommunalen Islamforen wird angestrebt:

- die Kenntnisse übereinander und die Gesprächskultur untereinander zu verbessern;
- in Gesprächen Verständnis für Positionen, Erwartungen oder Bedenken des Gegenübers zu entwickeln;
- in strittigen Sachfragen gemeinsam nach Lösungen zu suchen, die sich mit den unterschiedlichen Interessen in Einklang bringen lassen,
- miteinander Möglichkeiten gemeinsamen Handelns zu identifizieren sowie
- verbleibende Differenzen zu benennen.

Projektverlauf 2008

Insbesondere zu Beginn und kontinuierlich im Jahresverlauf wurde in Veranstaltungen, überregionalen Arbeits- und Koordinierungstreffen sowie in Fachforen und Konferenzen das Projekt vor- und zur Diskussion gestellt. Kommunale Verwaltungen, Integrations- und Ausländerbeauftragte, Ministerien, muslimische Gemeinden und Einrichtungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Einzelpersonen haben daraufhin Bedarf angemeldet. Im Projektjahr 2008 haben uns weit mehr Anfragen und Bedarfsanzeigen erreicht als erwartet.

Einen Bedarf vor Ort wurde von unterschiedlichen Vertretungen u.a. in folgenden Kommunen an das Projekt gemeldet:

- Glückstadt (Schleswig-Holstein)
- Berlin Tempelhof-Schöneberg
- Düsseldorf, Aachen und Kerpen (Nordrhein-Westfalen)
- Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz)
- Schwalbach (Saarland)
- Dresden (Sachsen)
- Erfurt (Thüringen)
- Landkreis Günzburg, Ingostaldt (Bayern)
- Tübingen (Baden-Württemberg)
- Hannover (Niedersachsen)

Bislang gab es bundesweit lediglich ein kommunales Islamforum in Düren/Nordrhein-Westfalen, das bereits seit fünf Jahren existiert und regelmäßig tagt. Nach intensiver Anfangsförderung hat es sich selbständig entwickelt und verstetigt. Dies ist auch von den im Projekt 2008 initiierten kommunalen Islamforen zu erwarten.

Wie entsteht ein kommunales Islamforum?

Im Berichtszeitraum 2008 wurden in drei Kommunen Islamforen initiiert. Während sich das kommunale Forum in Erfurt im Jahresverlauf konstituierte und bereits erste Veranstaltungen organisiert und durchgeführt hat, fanden in Berlin Tempelhof-Schöneberg und im Landkreis Günzburg konstituierende Sitzungen statt. In Hannover stimmten die Fraktionen dem Vorhaben eines kommunalen Islamforums zu – die konstituierende Sitzung ist in Planung. In weiteren Kommunen wurden erste Vorgespräche geführt und die konstituierenden Sitzungen sind für Anfang 2009 geplant.

Das Projekt wird nur in den Kommunen aktiv, dessen Vertretungen sich mit der Bitte um Unterstützung beim Aufbau an den Interkulturellen Rat wenden. Dann wird/werden

- a) die bisherige Situation vor Ort in Einzelgesprächen mit relevanten Akteuren **analysiert** (wer will was?)
- b) **Schwachstellen und Problemfelder benannt** und in Kleingruppen beraten und

- c) der **Aufbau** bzw. die Weiterentwicklung bestehender Gesprächsstrukturen **begleitet** sowie
- d) eine **Vernetzung** der Kommune mit anderen Kommunen gefördert.

Benennung von Schwachstellen und Problemfeldern

Sowohl in den Vorgesprächen, als auch in konstituierenden Sitzungen werden Problem- und Handlungsfelder thematisiert. Im Folgenden werden die vor Ort relevanten Themen zusammengefasst aufgelistet, die in Vorbereitungstreffen und Bedarfsanalysen **diverser Kommunen** benannt wurden und die es gemeinsam zu bearbeiten gilt:

- Muslimische Kinder / Eltern in Kindergärten und KiTas
- Muslimische Kinder, Jugendliche und Eltern in der Schule
- Verbesserung der Aufklärung muslimischer Eltern zum deutschen Bildungssystem
- Nichtvorhandene Angebote im Bereich Freizeit und Sport (z.B. Schwimmen für Frauen)
- Zusammenarbeit mit Ärzten und Sozialdiensten zur Verbesserung der Grundversorgung
- Einbindung von Muslimen in lokalen Medien (Medienkooperation und Öffentlichkeitsarbeit)
- Aufklärungsarbeit in Behörden und Polizei zum Umgang mit Muslimen und Stärkung des gegenseitigen Vertrauens
- Arbeitslosigkeit und Ausbildungssituation – Benachteiligung von Muslimen
- Seelsorge, die muslimische Belange berücksichtigt
- Moscheebau und Errichtung muslimischer Gebetsstätten
- Bestattung und Gräberfelder nach islamischen Richtlinien
- Kranken- und Altenpflege sowie –betreuung (Krankenhaus, Heim)
- Infrastrukturelle Themen, die Stadtteile mit hohem muslimischen Anteil betreffen (wie vermehrte Eröffnung von Spielhallen und Wettbüros)
- Fehlende Angebote für Jugendliche

Mögliche Aktivitäten vor Ort können daher sein:

- Informieren und beraten muslimischer MitbürgerInnen (bspw. die Bekanntmachung der vor Ort existierenden Bildungsangebote wie Sprachkurse, Integrationskurse – vielerorts wird die geringe Teilnahme beklagt)
- Kennenlernen lokaler Einrichtungen und zivilgesellschaftlicher Initiativen (wie Freiwillige Feuerwehr, Menschenrechts- und Umweltorganisationen, Elternvereine, Sportvereine usw.)
- Organisation von Ausstellungen, Festen, Vorträgen
- Interkulturelles Training
- Austausch mit und Beratung von Lehrkräften und Schulleitungen sowie ErzieherInnen (insbesondere zu alltagsspezifischen Situationen, Klassenfahrten, Fasten in der Schule, Bekleidungsvorschriften usw.)
- Allgemeiner Austausch mit Behörden und Ämtern (Jugendamt, Sozialamt, Gesundheitsamt usw.)
- Kooperationsveranstaltungen, die die Missstände in der Ausbildungssituation und Arbeitslosigkeit benennen (z.B. mit Jobvermittlungen und Arbeitsämtern)
- Informationsveranstaltungen für die Öffentlichkeit unter Einbeziehung lokaler Medien (Pressearbeit)
- Suchtprävention (z.B. Drogenkonsum oder Spielsucht)

Fazit

Nachdem die vor Ort relevanten Themen benannt sind wird deutlich, welches Handlungsfeld sich für ein kommunales Forum ergibt. Das Forum kann und soll als eine Plattform verstanden werden, in der die Kommune, muslimische Gemeinden und Vereine, zivilgesellschaftliche Einrichtungen und Einzelpersonen aufeinander treffen und die angesprochenen Problemfelder kritisch diskutieren und gemeinsam Lösungen anstreben, die sich mit den unterschiedlichen Interessen in Einklang bringen lassen.

In der Regel wird eine „Auftaktveranstaltung“ organisiert. Bei dieser ersten öffentlichen Veranstaltung wird das Forum vorgestellt (u.a. Arbeitsvorhaben, Zusammensetzung, Zielvorstellungen).

Die Sprecher des Forums werden vor der Auftaktveranstaltung benannt. Die Erfahrung zeigt, dass gerade die erste große Veranstaltung genutzt werden kann, um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen und auf das Forum aufmerksam zu machen. Gegebenenfalls nehmen dann auch noch Personen am Forum teil, die bis dahin noch nicht in den Prozess involviert waren und nun eine Funktionen übernehmen möchten.

Es hat sich bewährt, wenn die „Geschäftsstelle“ durch das Amt der/des Ausländer- bzw. Integrationsbeauftragten übernommen wird. Dazu gehören Einladungen zu Sitzungen und Veranstaltungen sowie die Administration und Organisation. Dies ist leicht in den Arbeitsablauf und –alltag der/des Beauftragten zu integrieren, da dort in der Regel die dafür notwendige Infrastruktur vorhanden ist.

Bei der Entstehung von kommunalen Foren ist es wichtig, von Anfang an Multiplikatoren zu identifizieren, die sowohl im Entstehungsprozess als auch im Verlauf zu integrieren sind.

Auch hat es sich für hilfreich erwiesen, bei der Initiierung eine externe Einrichtung als Ansprechpartner zu Rate zu ziehen, der gegebenenfalls auch die Moderation übernimmt.

In einem bundesweiten Koordinierungstreffen können sich SprecherInnen von kommunalen Foren sowie Länderislamforen austauschen. Diese Treffen finden zweimal im Jahr auf Einladung des Interkulturellen Rates statt.

Verbleibende Schwierigkeiten und Probleme

Im Berichtszeitraum von 2008 hat in zwei Kommunen auch nach einer positiven Bedarfsanalyse jedoch keine Konstituierung eines Forums stattfinden können. In einer der beiden Kommunen war die Haltung des Bürgermeisters ausschlaggebend für das Nichtentstehen eines Forums, während in der zweiten Kommune das Wegfallen einer wichtigen Multiplikatorin Grund für eine Aufschiebung des Projektvorhabens sorgte.

Ausblick

In 2009 werden die bereits entstandenen kommunalen Foren weiterhin begleitet. Außerdem wird in weiteren Kommunen, die Interesse am Aufbau eines Forums haben, eine Bedarfsanalyse erstellt und gegebenenfalls ein Forum initiiert.